

# PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 26.04.2018

## **Winkler gegen Boykottaufruf der Fußball-WM**

*Sport ist keine Medizin für verfehlte Außenpolitik*

Der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler (CDU) fordert die EU-Regierungen auf, die Fußball-Weltmeisterschaft in Russland zu besuchen und nicht zu boykottieren. Er wendet sich damit gegen den offenen Brief von ca. 60 Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments unter der Führung der Grünen-Abgeordneten Rebecca Harms. Diese fordern im Gegensatz zu Winkler die Regierungen der EU auf, die WM zu boykottieren. Als Begründung dafür liefern sie lediglich eine Zusammenstellung mehrerer unbewiesener Vorwürfe. So wird plötzlich von einem Giftgasanschlag in Salisbury gesprochen und Schlagworte wie Krim, Ukraine, Syrien, Wahleinmischung und Menschenrechtsverletzung werden wahllos als weitere Vorwürfe aneinander gereiht.

Winkler dazu: „Natürlich muss dies ernsthaft mit Betroffenen und Experten diskutiert werden, um die Konflikte zu lösen. Ein Boykott ist wiederum eine neue Eskalationsstufe und führt nicht zum Ziel. Gerade in dieser aufgeheizten Stimmung in der sich Europa und die Welt befinden, bieten Großsportveranstaltungen die Möglichkeit, untereinander und mit der Bevölkerung im austragenden Land ins Gespräch zu kommen und um Verständnis für die jeweilige Position zu werben. Leider versuchen Außenpolitiker wieder einmal, den Sport für ihre verfehlte Außenpolitik zu missbrauchen, so wie sie es schon mit der Wirtschaft versucht haben (Nordstream 2). Die Praxis zeigt aber, Boykotte und Sanktionen führen nicht zum Ziel, sondern verschärfen die Situation.“

„Im Übrigen halte ich es für befremdlich, dass EU-Politiker ihre Regierungen animieren, das eigene Nationalteam bei so einem wichtigen Turnier nicht zu unterstützen“, so Winkler abschließend.

### *Hintergrund:*

Die Grüne Europaabgeordnete Rebecca Harms hat einen „Offene Brief an alle Regierungen der EU“ gerichtet, der Fußballweltmeisterschaft 2018 fern zu bleiben. Den Aufruf haben ca. 60 EU-Abgeordnete mehrerer Fraktionen unterzeichnet.